

Sperrfrist: 12.12.2011 – 14.00 Uhr

Es gilt das gesprochene Wort.

**Rede des Stadtkämmerers und
Beigeordneten für Organisation und Personalwesen
Rainer Häusler**

aus Anlass der Einbringung des Haushaltsentwurfs 2012 ff. am 12.12.2011

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,
meine sehr geehrten Damen und Herren der Bürgerschaft,
sehr geehrte Vertreterinnen und Vertreter der Medien,
liebe Kolleginnen und Kollegen,

ein vergleichsweise gutes Jahr geht zu Ende. Aber es ist noch zu früh zu sagen: Ende gut, alles gut. (Folie)

Nach dem defizitären **Ist-Ergebnis von -45,7 Mio. € für 2010** rechnen wir im Ergebnisplan **2011** derzeit mit einem Defizit von nur noch **ca. – 42,1 Mio. €**

Nicht nur das damit das Vorjahresergebnis um ca. 3,6 Mio. € verbessert worden ist, bemerkenswert ist vielmehr, dass **gegenüber dem ursprünglichen Plandatum für 2011 mit geschätzten -100,2 Mio. € eine Verbesserung im Ist um ca. 58 Mio. € zu verzeichnen** wäre.

Heute wird Ihnen der Entwurf für den Haushalt 2012 und die mittelfristige Finanzplanung bis 2015 vorgelegt. (Folie)

Der **Ergebnisplan 2012** endet unter Berücksichtigung der nicht liquiditätswirksamen Ansätze im Entwurf mit

| | |
|-------------------------|---------------------|
| Erträgen von | 434,8 Mio. € |
| Aufwendungen von | 470,1 Mio. € |

so dass ein **Defizit von – 35,3 Mio. €** zustande kommt.

Dagegen endet der **Finanzplan 2012** mit den rein liquiditätsmäßigen Ansätzen aus **laufender Verwaltungstätigkeit** mit (Folie)

Einzahlungen von 413,6 Mio. €

Auszahlungen von 441,4 Mio. € (Defizit – 27,8 Mio. €)

sowie aus der **Investitions- und Finanzierungstätigkeit** mit

Einzahlungen von 43,6 Mio. €

Auszahlungen von 49,3 Mio. € (Defizit – 5,7 Mio. €),

so dass sich aus dem Finanzplan ein **Defizit von – 33,5 Mio. € für 2012** ergeben würde.

Das gesamt **Aufwandsbudget des Ergebnisplanes 2012 von 470,1 Mio. €** verteilt sich auf folgende Segmente (Folie)

118,0 Mio. €- Aufwand für Sach- und Dienstleistungen (113,4 Mio. €),

102,4 Mio. €- Personalaufwand (101,4 Mio. €),

110,7 Mio. €- Transferaufwand (97,5 Mio. €),

77,0 Mio. €- sonstiger ordentlicher Aufwand (82,3 Mio. €),

21,7 Mio. €- Zinsen und sonstiger Finanzaufwand (27,1 Mio. €),

8,9 Mio. €- Versorgungsaufwand (13,7 Mio. €),

31,5 Mio. €- Abschreibungen (33,0 Mio. €).

Die Vergleichszahlen des Vorjahres, also des jetzt ablaufenden Jahres 2011, stehen in der Grafik jeweils in Klammern dahinter. (Folie)

Diesem Aufwand von insgesamt 470,1 Mio. € stehen in 2012 Erträge mit einem Volumen von 434,8 Mio. € gegenüber, so dass unterm Strich ein Defizit von knapp 35,3 Mio. € prognostiziert wird.

Wiederum bedeutet diese aktuelle Defizit-Prognose gegenüber der Schätzung aus der alten Finanzplanung 2011 eine Verbesserung um ca. 48,2 Mio. €

Aufgeteilt stellen sich die geplanten **Erträge des Ergebnisplanes für 2012** wie folgt dar: (Folie)

235,5 Mio. € Steuern und ähnliche Abgaben (194,4 Mio. €),
102,9 Mio. € Zuwendungen und allgemeine Umlagen (83,2 Mio. €),
39,8 Mio. € öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte (39,5 Mio. €),
18,9 Mio. € Kostenerstattungen/Kostenumlagen (14,7 Mio. €),
18,5 Mio. € sonstige ordentliche Erträge (16,2 Mio. €),
14,0 Mio. € Finanzerträge (15,1 Mio. €),
2,6 Mio. € privatrechtliche Leistungsentgelte (2,4 Mio. €),
2,3 Mio. € sonstige Transfererträge (2,3 Mio. €),
0,2 Mio. € aktivierte Eigenleistungen (0,2 Mio. €).

Auch hier sind die Vergleichszahlen des Vorjahres in der Grafik in Klammern dargestellt.

Ich unterstelle nunmehr, dass sich Ihr Hauptinteresse auf die wesentlichen Veränderungen konzentriert.

Dies sind vor allem die im „**Zentralen Finanzdepot**“ (**ZFD**) veranschlagten Steuereinnahmen.

Als wesentliche Einnahmequelle – ich nenne sie immer die **Hauptschlagader** in unserem Finanzierungssystem – gilt weiterhin die **Gewerbsteuer**.

Im Vergleich des Ist-Ergebnisses 2010, der Prognose 2011 und der Veranschlagung 2012 ergibt sich folgende Entwicklung (Folie)

| | Ist | Prognose | Ansatz |
|---------------------|-------------|-----------------|-------------------|
| | 2010 | 2011 | 2012 |
| Gewerbsteuer | 70,3 | 98 | 108 Mio. € |

Dieses Bild zeigt Ihnen eine **Steigerung um knapp 38 Mio. €** im Vergleich 2010/2012, d. h. eine Erhöhung um ca. 53,6 %.

Sie ist im Wesentlichen in der wirtschaftlichen Fortentwicklung und der verbesserten Ertragskraft der Unternehmen in unserer Stadt begründet.

Da einmalige Zugänge aus 2011 in 2012 unberücksichtigt bleiben, beinhalten die Ergebnisse der Steuerschätzung Plandaten für das Folgejahr der Sachverständigen aus dem letzten Monat sowie die Erkenntnisse aus Steuergesprächen mit den „Spitzenzahlern“.

Dabei bitte ich, nicht zu vergessen, dass die Schwerpunkte der Ergebnisverbesserungen bei diesen Firmen im außereuropäischen Raum liegen. Das was der ehemalige Vorstandsvorsitzende Wenning vor Jahren formuliert hat:

„Wir müssen mit der Produktion dorthin, wo der Markt ist.“,

dies setzt der jetzige Bayer-Chef Deckers konsequent und stärker fort.

Bemerkenswert ist in diesem Zusammenhang die Entwicklung der **Firma TMD-Friction**, die uns – Gott sei Dank – erhalten geblieben ist.

Durch die Übernahme von dem japanischen Branchenführer „Nisshinbo“ steigt sie mit diesem gemeinsam zum weltweitgrößten Hersteller von Bremsbelägen auf, zu dem TMD zwei Drittel der Umsätze beisteuert.

Da die Kartellbehörden in diesen Tagen dem Ganzen den Segen erteilt haben, können wir mit Fug und Recht **TMD-Friction zum Aufsteiger des Jahres erklären**.

Auch ein gutes Signal für den Standort Leverkusen.

Können Sie sich noch daran erinnern, als wir in 2009 auf einen sanierungsbedingten Buchgewinn bei der Gewerbesteuer verzichtet haben, um die Firma im Bestand und am Standort zu sichern?

Wie richtig diese Entscheidung damals war, zeigt sich heute.

Zweitstärkste Steuerquelle ist der 15%-ige Anteil an der Lohn- und Einkommensteuer. Die übrigen 85 % teilen sich Bund und Länder gleichermaßen mit 42,5 % auf. (Folie)

Für Leverkusen ergibt sich im Vergleich der Jahre 2010/2011 und 2012 folgende Darstellung unter Berücksichtigung der aktuellen Steuerschätzung

| | Ist | Prognose | Ansatz |
|----------------------------------|-------------|-----------------|----------------------------|
| | 2010 | 2011 | 2012 |
| Lohn- und Einkommensteuer | 54,6 | 57,6 | 61,6 Mio. € (Folie) |

Die zu 100 % in die Stadtkasse fließende Grundsteuer ist insbesondere nach der Steueranhebung für 2011 nur unwesentlich von Änderungen im Jahr 2012 betroffen.

| | Ist | Prognose | Ansatz |
|--------------------|-------------|-----------------|--------------------|
| | 2010 | 2011 | 2012 |
| Grundsteuer | 30,7 | 36,1 | 36,2 Mio. € |

An dieser Stelle möchte ich nunmehr exemplarisch die Informationen über die zusätzlichen **Grundbesitzabgaben**, nämlich die (Folie)

- **Abwassergebühren (- 1,9 %)**
- **Straßenreinigungsgebühren (- 0,5 %)**
- **Müllabfuhrgebühren (+ 2,1 %)**

Ihnen an die Hand geben.

Die sog. **4-köpfige Familie Mustermann** hat danach in einem Musterhaus mit 130 m² Wohnfläche und 500 m² Grundstücksfläche die hier aufgezeigten jahresbezogenen Veränderungen zu erwarten:

Die im Übrigen im Rahmen der Haushaltskonsolidierung geführte Diskussion zur 15 %-igen Anhebung der Vergnügungssteuer zeigt im Jahresvergleich (Folie)

| | Ist | Prognose | Ansatz |
|--------------------------|-------------|-----------------|-------------------|
| | 2010 | 2011 | 2012 |
| Vergnügungssteuer | 1,2 | 1,84 | 1,7 Mio. € |

dass **anstelle des befürchteten „Strangulierungseffektes“ doch höhere Umsätze** und damit für die Stadtkasse höhere Erträge zu erzielen sind.

Die aus den einzelnen Steuererträgen sich ergebende Gesamtsteuerkraft ist wesentlicher Maßstab für die Berechnung der vom Land zu erwartenden **Schlüsselzuweisungen**.

Ich erinnere auch heute an das Prinzip der sog. „**kommunizierenden Röhren**“. Vermehrte Steuerkraft verringern die Schlüsselzuweisungen. Umgekehrt erhöhen sich die Landeszuweisungen, wenn die Steuerkraft sinkt.

Im Jahresvergleich gehen wir von folgendem Szenario aus: (Folie)

| | Ist | Prognose | Ansatz |
|-----------------------------|-------------|-----------------|--------------------|
| | 2010 | 2011 | 2012 |
| Schlüsselzuweisungen | 53,1 | 44,4 | 52,5 Mio. € |

Mit der Bitte um Verständnis wechsele ich aus Zeitgründen nunmehr von den Hauptertragsarten zu den **wesentlichsten Aufwendungen des Jahres 2012**.

Einen **Aufwandsschwerpunkt des konsumtiven Haushaltes bildet der Schulsektor**.

Hier können wir im Jahresvergleich 2010/2012 folgende Veränderungen feststellen: (Folie)

| | Ist | Prognose | Ansatz |
|-------------------------------|-------------|-----------------|--------------------|
| | 2010 | 2011 | 2012 |
| Schule (FB 40) Aufwand | 11,9 | 13,0 | 14,7 Mio. € |

| | | | |
|----------------|-------------|-------------|---------------------|
| Ertrag | 4,1 | 4,9 | 5,0 Mio. € |
| Defizit | -7,8 | -8,1 | - 9,7 Mio. € |

=====

Die dargestellte Entwicklung sind die Folgen des nahezu flächendeckenden Ausbaus der offenen Ganztagschulen sowie der zunehmenden Computer-Ausstattung in den Schulen.

Es ist insgesamt gut angelegtes – und ich sage sogar pflichtiges – Geld in die Zukunft.

Zu den Schwerpunkten des konsumtiven Haushaltes gehören einmal mehr die Sozialaufwendungen der Fachbereiche 50 – Soziales und 51 – Kinder- und Jugend, übrigens ein Bereich, der mit der Geburtsstunde der Sozialgesetzgebung vor genau 130 Jahren unter Reichskanzler Otto von Bismarck seinen Ursprung hat.

Im letzten Jahrzehnt haben sich die Kosten dieser Bereiche wie folgt entwickelt: (Folie)

| 2000 | 2010 | Steigerung |
|--------------------|-------------------|--------------------------------|
| 83,5 Mio. € | 133 Mio. € | + 49,5 Mio. €(+ 59,3 %) |

Hierzu zählen insbesondere die Kostenbereiche

- **Unterkunft und Heizung für Langzeitarbeitslose,**
- **Grundsicherung im Alter,**
- **Pflege älterer Menschen,**
- **Eingliederung von Menschen mit Behinderungen**
- **Erziehungshilfen für Kinder und Jugendhilfe,**
- **Ausbau/Betrieb von Kinderbetreuungseinrichtungen.**

Im **Fachbereich 50** ergibt sich aus der Gegenüberstellung von Aufwänden, Erträgen und Defiziten im Vergleich der Jahre 2010 bis 2012 folgendes Bild: (Folie)

| | Ist | Prognose | Ansatz |
|------------------|-------------|-------------|--------------------|
| Soziales (FB 50) | 2010 | 2011 | 2012 |
| Aufwand | 65,9 | 71,5 | 74,3 Mio. € |
| <u>Ertrag</u> | <u>26,6</u> | <u>26,5</u> | <u>29,0 Mio. €</u> |
| Defizit | -39,3 | -45,0 | -45,3 Mio. € |

=====

Obwohl wir von einer etwa 45 %-igen Übernahme der Grundsicherung durch den Bund ausgehen können, bleibt dennoch eine Erhöhung des Defizits im Jahresvergleich zu konstatieren.

Sie ist vor allem begründet in **Fallzahlensteigerungen** (Folie)

| | Ist | Prognose | Ansatz |
|---------------------------|------|----------|------------|
| | 2010 | 2011 | 2012 |
| Hilfe zur Pflege | 6,1 | 6,5 | 6,8 Mio. € |
| Hilfe zum Lebensunterhalt | 2,6 | 3,4 | 4,0 Mio. € |

| | Ist | Prognose | Ansatz |
|---------------------|------|----------|-------------|
| | 2010 | 2011 | 2012 |
| Grundsicherung | 8,1 | 9,4 | 10,2 Mio. € |
| Eingliederungshilfe | 2,0 | 2,2 | 2,2 Mio. € |

Dies gilt gleichermaßen für den **Fachbereich 51 – Kinder und Jugend**.

Hierzu zunächst einmal der monetäre Vergleich der Jahre 2010 bis 2012 (Folie)

| | Ist | Prognose | Ansatz |
|-----------------|-------------|-------------|--------------------|
| Ki + Ju (FB 51) | 2010 | 2011 | 2012 |
| Aufwand | 34,8 | 37,9 | 38,7 Mio. € |
| <u>Ertrag</u> | <u>24,1</u> | <u>24,9</u> | <u>24,2 Mio. €</u> |
| Defizit | -10,7 | -13,0 | -14,5 Mio. € |

=====

Dabei schlägt der **Ausbau der U3-Plätze mit 2,1 Mio. € und der Tagespflege mit 1,0 Mio. € im Vergleich zum Ist-Ergebnis 2010** zu Buche.

Für die Kindertagesstätten kommen noch die ergänzenden **Hauswirtschaftskräfte mit ca. 400.000 €** hinzu.

Insgesamt belegen die finanziellen Steigerungen aller Sozialaufwände, dass es richtig ist, den Bund mindestens zur hälftigen Übernahme dieser Lasten zu veranlassen.

Wenn die vom Bundesgesetzgeber veranlassten Sozialausgaben im Sektor „Grundsicherung“ nunmehr ab 2012 stufenweise übernommen werden, dann handelt es sich hierbei gerade nicht um ein Geschenk, wie das Handelsblatt glauben machen will, sondern um eine **Pflichtleistung des Bundes.**

Meine Damen und Herren,

das **Familienministerium des Bundes** hatte im Jahr 2007 sich das Thema des „Kinderbetreuungsausbaues“ auf die Fahne geschrieben und zum sog. **Krippengipfel** von Bund, Ländern und Gemeinden aufgerufen. (Folie)

Ergebnis war, dass **für den Ausbau der Betreuungsplätze für die unter 3-Jährigen insgesamt 12 Mrd. € zur Verfügung gestellt** werden sollten, von denen der Bund in Absprache mit Ländern und Kommunen 4 Mrd. € übernommen hat, und zwar 2,15 Mrd. € für Investitionsmittel und 1,85 Mrd. € für Betriebskosten.

Als **Zielquote der Garantie eines Kindergartenplatzes** für die unter 3-Jährigen galt und gilt **32 %**. (Folie)

Leverkusen verfügt bereits über 657 Betreuungsplätze, von denen 203 Plätze durch Tagesmütter abgedeckt werden.

Deshalb sind bis zum 01.08.2013 noch 642 Plätze zu schaffen.

Dies soll durch die Errichtung und Einrichtung von 10 Neu- und 4 Erweiterungsbauten von städtischen Kindertagesstätten realisiert werden.

Es ist schon eine besondere Art von „**Gipfel des Widerspruchs**“, **die Finanzierung nur für 32 % der Plätze vorzugeben, aber für 100 % aller Erziehungsberechtigten einen Rechtsanspruch auf einen Kindergartenplatz einzuräumen.** Mit diesem Gesetz zur Kinderförderung wird es uns so gehen wie „Goethes Zauberlehrling“, **der die Geister, die er rief, nicht mehr los wurde.**

Erstens ist die Quote zu gering und deshalb wird uns zweitens eine Klagewelle der Erziehungsberechtigten überrollen.

Gut gemeint ist noch lange nicht gut gemacht.

Denn in diesem Zusammenhang sage ich ganz deutlich:

Eine frühzeitige Förderung von Sprach- und Sozialkompetenz ist gerade in bildungsfernen Familien – insbesondere mit Migrationshintergrund – von Nöten.

Nur so kann Integration wirklich gelingen.

Deshalb wäre es aus meiner Sicht besser gewesen, statt des letzten Kindergartenjahres das erste Jahr kostenfrei und landeseinheitliche Gebührenstufen-Lösungen für die Folgejahre zu gestalten.

Nur so schafft man gleiche Rahmenbedingungen und frühzeitigen Zugang.

Und **noch besser wäre es, auf das von der Berliner Regierungskoalition vorgesehene Betreuungsgeld für die heimische Kinderbetreuung zu verzichten und dieses Geld in die Einrichtungen und die Qualifizierung der Beschäftigten zu investieren.**

Der weitere Gipfel ist, dass für die 3 Erweiterungsbauten der Stadt, nämlich die Kindertagesstätten: Pregel-, Elbe- und Oulustraße 110 zusätzliche Plätze für U-3 geschaffen werden sollten, **aber die Fördermittel noch nicht bewilligt sind.**

Das gleiche gilt für die Einrichtungen der freien und kirchlichen Träger, die bisher 111 Plätze für U-3 schaffen wollen, wo aber die beantragten Mittel von 1,85 Mio. € auch noch fehlen.

Wenn sich hier Landschaftsverband und Land nicht bewegen, ist die Garantie – bis zum 01.08.2013 die notwendige Platzzahl bereitzustellen – nicht zu gewährleisten.

Positiv ist für dieses Themenfeld zu vermerken, dass mein vom sog. Jamaika-Bündnis übernommener und von der Bezirksregierung mitgetragener **Ansatz des**

Baues von Kindertagesstätten durch die WGL zwischenzeitlich **gute Ergebnisse** liefert.

Gegen die Stimmen und Stimmungen im Rat, aber auch in unserem Hause hat die WGL erfolgreich für die ersten **4 Neubauten** das notwendige Verfahren abgeschlossen, so dass der **Aufsichtsrat vor 3 Wochen den Zuschlag erteilt** hat. Der erste Spatenstich ist für Ende Januar und die Inbetriebnahme für Ende des Jahres 2012 vorgesehen.

Dieses sog. Lebenszyklus-Modell hat aufgrund der möglichen Nachverhandlungen gegenüber dem herkömmlichen Ausschreibungs- und Vergabeverfahren zu eklatanten Unterschieden zwischen Grobplanung und Verhandlungsergebnissen geführt.
(Folie)

Ursprünglich grob geschätzten 35.400 € Investitionskosten für einen U-3-Platz stehen nunmehr nur noch 27.140 € als konkretes Ausschreibungsergebnis gegenüber, ein Unterschied von immerhin 23,3 %.

Das Ergebnis ist im Übrigen einvernehmlich von WGL und den Fachbereichen Kinder und Jugend sowie der Gebäudewirtschaft mit externer Begleitung festgestellt worden.

Für alle von der WGL zu erstellenden Einrichtungen wäre dies eine **Investitionersparnis von 6,7 Mio. €** gegenüber der Ursprungsschätzung. **Dass diese Ersparnis die Mehraufwendungen einer erhöhten Zinskondition von 0,22 %** gegenüber einem Kommunalkredit **überkompensieren**, ist sicherlich nachvollziehbar.

Die WGL finanziert zu 100 % mit Fremdmitteln (Folie)

- **ohne dass das exzellente Rating dieser Gesellschaft sich verändert und**
- **ohne dass Einschränkungen der Bauunterhaltung für die WGL-Mieter eintreten,**

weil der entstehende Aufwand zu 100 % von der Stadt refinanziert wird.

Die WGL finanziert und koordiniert, ist Vertragspartner für die Stadt zwecks Vermietung und auch Partner für den Marktteilnehmer zwecks Bau und Gebäudebewirtschaftung für 25 Jahre.

Mittlerweile wird dieses Vorgehen im Norden und Süden unserer Republik als modellhaft für die Kosten sparende Zusammenarbeit von öffentlicher Hand und Privatwirtschaft vorgestellt.

Die **Gebäudewirtschaft (Fachbereich 65)** veranschlagt im Vergleich der Jahre 2010 – 2012 folgende Ansätze (Folie)

| | Ist | Prognose | Ansatz |
|-------------------------------|--------------|-----------------|---------------------|
| Gebäudewirtschaft 2010 | 2010 | 2011 | 2012 |
| Aufwand | 28,1 | 34,9 | 42,8 Mio. € |
| Ertrag | 1,7 | 1,5 | 1,8 Mio. € |
| Defizit | -26,4 | -33,4 | -41,0 Mio. € |

=====

Die exorbitante Steigerung der Aufwendungen ist im Wesentlichen damit zu begründen, dass nicht verausgabte Mittel des Vorjahres im Folgejahr erneut und damit zusätzlich zu veranschlagen sind.

Hinzu kommen normale Steigerungen innerhalb der Bauunterhaltung sowie Energiekostenerhöhungen.

Dass im Jahr 2010 vergleichsweise ca. 14,7 Mio. € weniger ausgegeben als im Jahr 2012 veranschlagt worden sind, liegt darin begründet, dass in erster Priorität die von Bund und Land bereitgestellten Mittel des Konjunkturprogramms zu „verbauen“ waren.

Die veranschlagten **42,8 Mio. € Aufwand der Gebäudewirtschaft** verteilen sich im Wesentlichen auf: (Folie)

- 2,7 Mio. € Aufwand aus PPP-Geschäften
- 3,4 Mio. € Gebäudereinigung
- 5,7 Mio. € Mieten

- 8,5 Mio. € Energie, Grundbesitzabgaben
- 21,3 Mio. € Gebäudeunterhaltung/Wartung

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,
meine sehr geehrten Damen und Herren,

die nachfolgende Darstellung zeigt die Entwicklung des **Personalaufwandes** incl.
der **Rückstellungen**: (Folie)

| Ist | Prognose | Ansatz |
|--------------|-----------------|---------------------|
| 2010 | 2011 | 2012 |
| 100,1 | 98,4 | 102,4 Mio. € |

Gerade im Vergleich der Jahre 2010/2011 zeigt sich, dass die Arbeit der von mir geleiteten Arbeitsgruppe Personalwirtschaft – bestehend aus Dez. II/01/03/11/14/20 – zusätzliche Konsolidierungspotentiale generiert.

Beispielsweise sind bis heute **120 Planstellen zur Einsparung definiert** worden, die sich nach Personalaufwand auf die Jahre 2011 bis 2015 wie folgt verteilen: (Folie)

| 2011 | 2012 | 2013 | 2014 | 2015 |
|-------------|-------------|-------------|-------------|-------------------|
| 4,1 | 4,3 | 4,7 | 5,0 | 5,5 Mio. € |

Dahinter steckt ein Volumen von ca. 23,6 Mio. € um die die Veranschlagungsposition des Personalaufwandes noch höher wäre, wenn die hier aufgezeigten Stellen nicht eingespart würden.

Der **Abbau dieser Planstellen erfolgt weiterhin sozial verträglich**, d. h. auf Grund der demografischen Entwicklung ohne betriebsbedingte Kündigungen.

Zugegebenermaßen kann es in den Bereichen der Gebäudeunterhaltung, genauer gesagt im **Sektor der Raumpflege** zu Abfindungsregelungen kommen, denn **wir wollen hier eine marktorientierte Verlagerung zügig realisieren.**

Bei unterschiedlichen Kosten von (Folie)

19,01 € pro m² interne Reinigung

9,57 € pro m² externe Reinigung

ist dies ein Muss. Bei diesem sukzessiven Übergang auf den Markt sind sozialversicherungspflichtige und tarifgemäße Beschäftigung wesentliche Voraussetzung für eine Vergabe. Insgesamt stellt sich die Verteilung der internen und externen Gebäudereinigungsflächen wie folgt dar:

54.145 m² intern

294.721 m² extern

D. h. **hinter der vollständigen Übergabe aller Reinigungsflächen in die Privatwirtschaft steckt ein Konsolidierungsvolumen von 0,5 Mio. €**, das in den nächsten Jahren noch zu heben ist.

Selbst wenn wir im Zusammenhang mit der Vergabe die Reinigungsqualität anheben wollen, rechnet sich dieser Weg allemal.

Weitere Konsolidierungspotentiale werden in den beauftragten **Untersuchungen** (Folie)

- **der Fachbereiche 32 – Umwelt - und 61 – Planung und Bauaufsicht - und**
- **zur zentral koordinierten Beschaffung sowie zur**
- **Konzentration der Kfz.-Werkstattaktivitäten von AVEA, EVL, KWS, TBL**

gesehen.

Die Ergebnisse dieser Untersuchungen, über die wir im Personal- und Organisationsausschuss berichten, werden im 1. Quartal 2012 vorliegen.

Abgesehen von diesen noch zu erwartenden Ergebnissen haben die bisher dem Oberbürgermeister vorgeschlagenen **Wiederbesetzungssperren ein Potential von 1,4 Mio. € vermiedener Personalaufwände** erbracht.

Dass zunehmende Leistungsverdichtung durchaus zu erhöhten Krankenständen führen kann, belegt die nachfolgende Statistik: (Folie)

2006: 3,66 %

2011 4,84 %

Gerade deshalb leisten wir mit unseren Aktivitäten der betrieblichen Gesundheitsvorsorge sowie des betrieblichen Eingliederungsmanagements einen erfolgreichen Beitrag gegen einen weiteren Anstieg der Krankenquote.

Zum Abschluss dieses Themenfeldes „**Personalaufwand**“ möchte ich noch einmal auf das leidige Problem der **fehlenden leistungsgerechten Bezahlung der Beamten** aufmerksam machen. (Folie)

Mittlerweile stehen 74 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter auf der Warteliste, die aufgrund der Nothaushaltssituation nicht befördert werden können.

Selbst das vom Bundesverwaltungsgericht ausgesprochene Urteil über die Verpflichtung der Zahlung von Verwendungszulagen auf höherwertigen Stellen hilft aufgrund des Nothaushaltes nicht weiter.

Es ist unerträglich, dass die Ungleichbehandlung von Beamten und tarifgebundenen Beschäftigten, die ja einen klagbaren Anspruch haben, sich weiter verschärft.

Ärgerlich wird das dann umso mehr, wenn die leistungsfähigen, aber nicht leistungsgerecht bezahlten Beamten dann zu anderen Städten wechseln, um dort befördert zu werden.

Interventionen über die kommunalen Spitzenverbände beim Land sowie persönliche Initiativen beim zuständigen Innenministerium haben ganz aktuell einen bescheidenen Erfolg erreicht. (Folie)

Der zuständige Staatssekretär räumt nunmehr den Bezirksregierungen ein, in eigener Verantwortung die Restriktionen für die Kommunen zurückzunehmen, wenn „**es**

wahrscheinlich erscheint, dass die jeweilige Kommune eine den geplanten gesetzlichen Vorgaben entsprechende Sanierungsplanung vorlegen wird.“

Wir dürfen gespannt sein, wie die Bezirksregierung auf unsere Anfrage reagiert.

Zusätzlich sei angemerkt, **dass wir für das erstrittene BVG-Urteil über die entgeltliche Bezahlung von zusätzlichen Arbeitsschichten der Feuerwehr Rückstellungen innerhalb des Haushaltsjahres 2011 bilden werden.** Die Auswertung der jeweils personenbezogenen Ansprüche anhand der Wachbücher für den Zeitraum 2002 – 2006 erfolgt zurzeit.

Im Übrigen sind künftige **Steigerungen der Personalaufwände** darin begründet, dass **zusätzliches Personal** – nämlich Erzieherinnen und Erzieher sowie Erziehungshilfskräfte (ca. 160) – für die neuen Kindertagesstätteneinrichtungen, aber auch für die Feuerwehr eingestellt werden muss. (Folie)

Meine Damen und Herren,

jetzt ist es Wert, auf unser **Zins- und Schuldenmanagement** aufmerksam zu machen, das mittlerweile auch **zu bundesweiter Resonanz geführt** hat. Mit entsprechender Zusatzqualifizierung der Mitarbeiter **werden sog. Zinssicherungs- und –optimierungsgeschäfte abgeschlossen, die keine Drohverlustrückstellungen erforderlich machen, und zwar testiert vom Wirtschaftsprüfer und der Gemeindeprüfungsanstalt.**

Gerade vor diesem Hintergrund ist bemerkenswert, dass uns beispielsweise die NRW-Bank als verlässlichen Partner einstuft, verbunden mit günstigen Zinssätzen bei der Tagesgeldaufnahme.

D. h. nach wie vor haben wir – entgegen mancher Mutmaßungen – **keine risikobehafteten SWAP-Zinstauschgeschäfte oder gar Währungswetten abgeschlossen, mit denen andere Städte heute ihre liebe Geldnot haben.**

Wie krank muss das Finanzsystem schon sein, wenn man bei der zweitgrößten Bank – der Commerzbank – mit dem Erwerb von Zertifikaten auf den Niedergang des Unternehmens wetten kann.

Wir sind auch nicht in die Anlagefalle von „Spread-ladder-Swaps“ für Kommunen hineingetappt. Ebenso sind keine US-Cross-Border (grenzüberschreitende) Leasinggeschäfte realisiert.

Sie sehen, bei dieser Art des Zins- und Schuldenmanagements **bleibt die „Büchse der Pandora“**, mit der alles Schlechte über die Welt hereinbricht, **geschlossen.**

Im Ergebnis **managen wir** derzeit ein (Folie)

-Kassenkreditvolumen von 142,9 Mio. € mit einem durchschnittlichen Zinssatz von 2,6 % und ein

- Investitionskreditvolumen von 119,9 Mio. € mit einem durchschnittlichen Zinssatz von 4,5 %.

So wie es die Deutsche Bundesbank in ihrem aktuellen Monatsbericht fordert, nämlich

- die strukturelle Defizitrückführung mit Priorität zu realisieren und
- den Schuldentrend nachhaltig umzukehren,

genauso verhält sich unsere Stadt schon seit einigen Jahren, und zwar weit weg von den Verhaltensmustern von Bund und Ländern.

Bemerkenswert ist nämlich, dass die Entwicklung des Kassenkreditvolumens eine fallende Tendenz genommen hat. (Folie)

Deshalb ist es auch angebracht, den bisher zulässigen Rahmen für Kassenkredite satzungsmäßig von 350 Mio. € auf max. 250 Mio. € abzusenken.

Wenngleich dies positiv zu beurteilen ist, können wir uns nicht auf einem derzeit aktuellen **Kassenkreditbestand von ca. 140 Mio. €** ausruhen.

Dies gilt ebenso wenig für das Volumen der **vermögensbildenden Investitionskredite von derzeit 119,9 Mio. €**

Nachweislich haben wir **in den letzten 5 Jahren überhaupt keinen neuen Investitionskredit aufgenommen**, so dass durch die regelmäßige Tilgung der Altdarlehen der Kreditbestand von (Folie)

2003 mit 153,6 Mio. € auf

2011 mit 119,9 Mio. €

also um 33,7 Mio € bzw. ca. 22 % zurückgeführt werden konnte.

Auch vor diesem Hintergrund können wir nicht bestätigen, dass wir Probleme mit der Kreditversorgung hätten.

Welchen Platz wir in diesem Zusammenhang im Vergleich der kreisfreien Städte einnehmen, zeigt die nachfolgende Übersicht. (Folie)

Der Verzicht auf Investitionskredite – obwohl 2/3 der jährlichen Tilgungssummen als Neuaufnahmen erlaubt wären – **ist möglich geworden durch entsprechende Grundstückserlöse**, die wir zur Finanzierung von Investitionen eingesetzt haben. Hier hat uns freundlicherweise die Bezirksregierung nach anfänglichem Zögern das Zugeständnis zu dieser wirtschaftlichen Vorgehensweise gegeben.

Damit sind wir bei den **Investitionsvorhaben des Jahres 2012** und in der Folgezeit.

Mit einem **Volumen von 27,6 Mio. € ist das Jahr 2012 beplant** und in der Folgezeit kommen folgende Investitionssummen auf die Stadt zu. (Folie)

| | 2012 | 2013 | 2014 | 2015 |
|--------------|------|------|------|-------------|
| Einzahlungen | 24,0 | 16,2 | 15,8 | 13,7 Mio. € |
| Auszahlungen | 27,6 | 19,8 | 20,1 | 20,2 Mio. € |
| Kreditbedarf | 3,6 | 3,6 | 4,3 | 6,5 Mio. € |

Stellvertretend für alle Maßnahmen möchte ich an dieser Stelle die **wesentlichen Maßnahmen** benennen (Folie)

| | Gesamtkostenansatz |
|--------------------------------------|--------------------|
| - Bahngelände Opladen | 64,4 Mio. € |
| - Fahrzeuge Feuerwehr/Rettungsdienst | 6,5 Mio. € |

| | |
|--|------------|
| - Kita-Erweiterungen | 4,9 Mio. € |
| - Totalsanierung E.-Klausener-Schule | 3,1 Mio. € |
| - Ganztagsoffensive W.-Heisenberg-Schule | 2,6 Mio. € |
| - Neubau Jugendhaus Rheindorf | 2,0 Mio. € |

Diese Investitionskraft belegt einmal mehr, dass wir diesen Spagat – das eine tun, ohne das andere zu lassen – von Haushaltskonsolidierung einerseits und Stadtentwicklung andererseits erfolgreich bewältigen.

Dabei sei nochmals vermerkt, dass wir in den Jahren 2010 und 2011 ca. **15,3 Mio. € Bundes- und Landesmittel im Rahmen des sog. Konjunkturprogramms II verbaut** haben. Die **Früchte** dieser – vor allem – energetischen Sanierungsmaßnahmen werden wir in der Zukunft **durch vergleichsweise niedrigere Energieverbräuche ernten.**

Meine Damen und Herren,

bevor ich zur Darstellung des Finanzplanungszeitraums komme, gestatten Sie mir noch einige Worte zu den **städtischen Gesellschaften und Beteiligungen.** (Folie)

Sie sind alle vergleichsweise auf einem guten Status, werfen Überschüsse ab oder investieren diese in das Unternehmen, und andere halten ihre Verluste in Grenzen.

Angesichts der vor uns stehenden Herausforderungen werden wir die jeweiligen Beschlussgremien allerdings **anweisen müssen, im Laufe der nächsten 11 Jahre gesellschaftseigene Konsolidierungsmaßnahmen zu veranlassen, die zusätzlich verbesserte Ergebnisse liefern.**

Wir kommen nicht umhin, neben den hauseigenen Konsolidierungsmaßnahmen auch die städtischen Gesellschaften und Beteiligungen weiter daraufhin zu analysieren, ob zusätzliche Potentiale zugunsten des Kernhaushaltes generiert werden.

Ich bin sicher, die jeweiligen Vorstände, Geschäftsführungen und Vorsitzende der Gremien haben Verständnis für die notwendig werdenden Anstrengungen.

Wir sitzen nämlich alle im selben Boot.

Und ich bin weiter sicher, dass wir gemeinsam entsprechende Potentiale finden werden, um unser Boot auf Konsolidierungskurs zu halten und wieder in ruhige Fahrwasser zu führen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, (Folie)

die aus dem **Haushaltentwurf 2012 weiterentwickelte mittelfristige Finanzplanung** für die Folgejahre bis 2015 prognostiziert derzeit folgende Erträge und Aufwendungen (Folie)

| | Ist | Prognose | Ansatz | Ansatz | Ansatz | Ansatz |
|----------------|--------------|--------------|--------------|--------------|--------------|---------------------|
| | 2010 | 2011 | 2012 | 2013 | 2014 | 2015 |
| Aufwand | 439,6 | 460,3 | 470,1 | 469,6 | 465,2 | 480,0 Mio. € |
| Ertrag | 393,9 | 418,2 | 434,8 | 402,6 | 410,3 | 420,5 Mio. € |
| Defizit | -45,7 | -42,1 | -35,3 | -67,0 | -54,9 | -59,5 Mio. € |

=====

Damit wird deutlich, dass wir in diesem Zeitraum keinen originären Haushaltsausgleich herstellen können. Wir verbleiben nach altem Recht im Nothaushalt und müssten das „Damoklesschwert“ der Bezirksregierung ertragen.

Dieses Faktum, den Haushalt nicht ausgleichen zu können, gilt mittlerweile für 98 % aller Kommunen in Nordrhein-Westfalen. Wie in diesem Zusammenhang der Arbeitskreis „Stabilitätsrat von Bund und Ländern“ zu der Ende November aufgestellten Prognose kommen kann, die Gemeinden würden 2012 dauerhafte Milliardenüberschüsse machen, ist mir wirklich schleierhaft.

Der Gesetzgeber in NRW hat zwischenzeitlich entschieden, den Zeitraum für ein genehmigungsfähiges Haushaltssicherungskonzept zu verlängern. (Folie)

Durch **Änderung des § 76 der Gemeindeordnung NRW** soll nunmehr die Genehmigung des Haushaltssicherungskonzeptes (HSK) nur erteilt werden, wenn aus die-

sem hervorgeht, dass spätestens im Zehnten auf das Haushaltsjahr folgende Jahr der Haushaltsausgleich wieder erreicht wird.

Der **Endzeitpunkt** für einen solchen Ausgleich, der zur **Genehmigungsfähigkeit** des HSK führen würde, **wäre demnach das Jahr 2022.**

Dieses bedeutet eine Planung vorzunehmen, die sich auf mehr als das doppelte des bisherigen Planungszeitraumes erstrecken würde – konkret - , statt 4 Jahre nunmehr 11 Jahre.

Ich bin mir noch nicht ganz klar darüber:

Was soll eine solche Änderung bewirken? Macht sie Sinn? Hat sie einen realistischen Hintergrund?

Mit Sorge verbinde ich meinen Eindruck, dass der Außenwelt, vor allem der Bankenwelt, aber auch der Bürgerschaft lediglich vermittelt werden soll:

- Weniger Kommunen im Nothaushalt!
gleich bleibend mit
- Mehr Kommunen im genehmigten Status!

Alles halb so schlimm, deshalb keine Restriktionen bisheriger Art (z. B. im Bereich der freiwilligen Leistungen, der Investitionskredite und der Personalwirtschaft). Hat doch noch alles Zeit bis die in die Nothaushaltssituation kommen!

Die tatsächliche Finanzsituation ändert sich jedoch nicht durch die Verlängerung des HSK-Zeitraums, wenn sich die Rahmenbedingungen nicht ändern.

So unrealistisch es ist, innerhalb des bisherigen genehmigungsfähigen HSK-Zeitraumes von 4 Jahren einen Haushaltsausgleich herstellen zu können, so kann doch ein 11-jähriger Planungszeitraum erst recht keinen realistischen Hintergrund haben. Da wird auch eine **Pilgerreise zur griechischen Weissagungsstätte, dem Orakel von Delphi**, nicht helfen.

Was heute noch wahr ist, gehört morgen schon der Vergangenheit an.

Die Gültigkeit von Aussagen verfällt in Tagesschnelle.

Gerade vor dem Hintergrund der weltwirtschaftlichen Konjunkturentwicklung, der europäischen Ver- und Überschuldungsszenarien, der deutschen Belastungen aus der Bewältigung der EU-Krise sowie der Konsequenzen auf Länder- und Stäteebene lassen sich doch keine seriösen Prognosen für diesen verlängerten Zeitraum erstellen.

Die **externen Risikofaktoren** für eine ansatzweise realistische Planung bleiben nach wie vor die Entwicklungen im

- **Konjunktur- und Arbeitsmarktsektor,**
- **in der Entwicklung der Ertragssteuern einerseits und der Soziallasten andererseits,**
- **in der Zinsentwicklung sowie**
- **im Personalaufwandssektor (Tarif- und Besoldungsabschlüsse) und schließlich**
- **in der Preis-/Inflationentwicklung.**

Der Druck wird abnehmen, handeln zu müssen, nämlich (Folie)

- **hauseigene HSK-Maßnahmen verstärkt und zügig umzusetzen,**
- **Finanzhilfen des Landes bereitzustellen,**
- **die hälftige Übernahme der Soziallasten durch den Bund zu erreichen,**
- **die Strukturfehler im Finanzierungssystem von Bund, Ländern und Kommunen zu beseitigen**

und demzufolge droht eine weitere gesamtstaatliche Verschuldung.

Für Leverkusen stellt jedenfalls die angestrebte Genehmigung eines HSK innerhalb der nächsten 11 Jahre schon eine erhebliche Herausforderung dar, wenn unser Konzept kein „Papiertiger“ bleiben soll.

Als **Konsequenz der defizitären Jahresergebnisse** und Jahresplanungen (Folie)

| | Ist | Prognose | Ansatz | Ansatz | Ansatz | Ansatz |
|-----------------|--------------|-------------|-------------|-------------|-------------|--------------------|
| | 2010 | 2011 | 2012 | 2013 | 2014 | 2015 |
| Defizite | -45,7 | 42,1 | 35,3 | 67,0 | 54,9 | 59,5 Mio. € |

wird sich das **Eigenkapital von 435,7 Mio. € zum 31.12.2010 bis einschließlich 2015 wie folgt reduzieren:**

| Jahr | 2010 | 2011 | 2012 | 2013 | 2014 | 2015 |
|---------------------|--------------|--------------|--------------|--------------|--------------|---------------------|
| Eigenkapital | 435,7 | 393,6 | 358,2 | 291,3 | 236,4 | 176,8 Mio. € |

Setzt man diese Ergebnisse für die Folgejahre fest, **würde ohne wirksame Gegenmaßnahmen die Überschuldung voraussichtlich Ende 2019 eintreten.**

Zielsetzung ist aber genau dieses zu verhindern, das Tempo der Verschuldung zu verlangsamen, letztlich den „Turnaround“ zu schaffen, den Haushaltsausgleich wieder herzustellen und das Eigenkapital wieder aufzubauen.

Wie ich bereits in meiner ersten Haushaltsrede am 25.11.1996 formuliert habe: (Folie) **„Der Zwang zur weiteren Haushaltskonsolidierung bleibt.“**

Dies haben wir auch mit dem 99-Punkte-Programm des letzten Jahres unter Beweis gestellt.

Im Rahmen der Vorlagenfrist für den nächsten Turnus zum Finanzausschuss und Rat werden wir den **endgültigen Entwurf eines erneut – aber verschärft - fortgeschriebenen HSK – allerdings unter Einbeziehung von Landeshilfen - für den Zeitraum bis 2021 vorlegen.**

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,
sehr geehrte Damen und Herren,

ich komme nun **zum Schluss meiner letzten Haushaltsrede** in dieser Wahlzeit.

Wer mich in der Vergangenheit in meinem Dienstzimmer einmal besucht hat, der hat vielleicht noch ein **Thesepapier** in Erinnerung, das mich während meiner bisherigen Amtszeit begleitet hat. (Folie)

Diese Thesen sind einem **Manifest aus dem Jahr 1992** mit dem Titel

„Weil sich das Land ändern muss“

entnommen.

Namhafte Autoren wie Marion Dönhoff, Meinhard Miegel, Wilhelm Nölling, Edzard Reuter, Helmut Schmidt, Richard Schröder und Wolfgang Thierse haben sich damals zusammengesetzt und dieses Manifest erarbeitet.

Die wesentlichen Thesen lauten: (Folie)

- 1. Das Gemeinwohl muss wieder an die erste Stelle rücken.**
- 2. Wir müssen alle zurückstecken.**
- 3. Ein Wandel der Maßstäbe ist notwendig.**
- 4. Notwendig ist ein Konzept, in dem der Begriff „Verzicht“ die Hauptrolle spielen muss.**

Nach nunmehr fast 20 Jahren zeigt sich, dass diese Thesen keine Maxime darstellen können und konnten, sondern lediglich Orientierung.

Gleichwohl sind sie für mich sehr bedeutsam gewesen, und ich stelle Ihnen anheim, Ihre Beratungen des diesjährigen Beratungspaketes stets mit diesen Thesen abzugleichen. An allem ist etwas dran.

Während allerdings die Autoren ihr Manifest unter dem Buchtitel „Weil sich das Land ändern muss“ gestellt haben, behaupte ich, dass dies nur geht, wenn sich dafür die Menschen in ihrem Denken und Handeln ändern.

In diesem Sinne bedanke ich mich bei denjenigen, die mir aufmerksam zugehört haben und bei meiner Mannschaft, die alle Informationen, Zahlen, Daten und Fakten zum Haushaltsentwurf beigetragen haben.

Leverkusen, 12.12.2011

Dez. II-hr-sg

G:\Dez2\VZ\HH-Reden StK\Rede HH 2012.doc